Vorstoss-Nr:	254-2011	
Vorstossart:	**Interpellation**	
Eingereicht am:	05.09.2011	
Eingereicht von:	Feller (Steffisburg, FDP)	(Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften:	0	
Dringlichkeit:	Ja	12.09.2011
Datum Beantwortung:	02.11.2011	
RRB-Nr:	1840/2011	
Direktion:	FIN	

Strategische Aufgabenüberprüfung

Am 13.09.2010 hat der Grosse Rat die Motion Feller 353/2009 «Für eine echte strategische Aufgabenüberprüfung» überwiesen; die Punkte 1 und 2 als Motion, Punkt 3 als Postulat.

Im Hinblick auf die Behandlung von VA/AFP und unter dem Eindruck des Entlastungspakets bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat die grundlegende Überprüfung der staatlichen Aktivitäten anzugehen?
2. In welcher Form will er Parlament, Regierung und Verwaltung in den Prozess einbinden?
3. Welchen zeitlichen Rahmen setzt sich der Regierungsrat zur Umsetzung des Vorstosses?

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung:

Das Thema strategische Aufgabenüberprüfung ist im Zusammenhang mit VA2012/ AFP2013-2015 zu behandeln. Das vorliegende Entlastungspaket ist als Sofortmassnahme zu verstehen und ersetzt eine grundlegende Überprüfung der Staatsaufgaben nicht.

Entgegen des Kommentars auf Seite 66 im Vortrag zu VA/AFP ist das Kernanliegen nicht der Prozessablauf nach dem in der Motion aufgezeigten Flussdiagramm.

Das zentrale Anliegen ist die Antwort auf die Fragen:

- Auf die Erfüllung welcher Aufgaben kann der Staat verzichten?
- In welcher Qualität müssen die zu erfüllenden Leistungen erbracht werden?
- Wer erbringt die Leistung und zu welchem Preis?

Weder die Intensivierung des Planungsdialoges noch das Schnüren eines Entlastungspaketes erfüllen die im Vorstoss gestellten Forderungen.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat in seinem Vortrag zum Voranschlag 2012 und Aufgaben-/Finanzplan 2013-2015 dargelegt, wie die Anliegen und Vorgaben der im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Finanzpolitik seit Ende 2009 vom Grossen Rat überwiesenen Vorstösse in die Arbeiten des Entlastungspakets 2012 eingeflossen sind.

In Bezug auf die Motion 353/2009 Feller (Steffisburg, FDP) «Für eine echte strategische Aufgabenüberprüfung» wird auf S. 66 ausgeführt, dass die Direktionen und die Staatskanzlei bei der Erarbeitung des Entlastungspaketes in den einzelnen Produktgruppen eine Überprüfung der staatlichen Aufgaben vorgenommen haben. Auch die Forderung nach einem frühzeitigen Einbezug von Regierung, Verwaltung und Parlament in die Erarbeitung des Entlastungspakets konnte mit der «Intensivierung des finanzpolitischen Planungsdialogs» zwischen Regierungsrat und Finanzkommission sichergestellt werden.

Der Interpellant vertritt demgegenüber die Auffassung, dass das vorliegende Entlastungspaket weder in Bezug auf den Inhalt und den Umfang noch hinsichtlich des Erarbeitungsprozesses die Hauptforderungen seiner Motion erfüllt. Der Regierungsrat kann sich dieser Beurteilung nicht anschliessen. Nach Auffassung des Regierungsrates wurden mit der Erarbeitung des Entlastungspakets 2012 die Kernanliegen der Motion nach einer Überprüfung der staatlichen Aktivitäten und frühzeitigem Einbezug von Parlament, Regierung und Verwaltung erfüllt. Dank einer sehr restriktiven Finanzpolitik ist es ist ihm gelungen, die noch zu Beginn des Planungsprozesses 2011 drohenden hohen Defizite und Finanzierungsfehlbeträge von mehreren hundert Millionen Franken im Voranschlag 2012 mit teilweise drastischen Sparanstrengungen auf ein aus seiner Sicht vertretbares Mass zu verringern. Mit dem vorliegenden Entlastungspaket muss die Bevölkerung des Kantons Bern zum Teil bereits auf wichtige staatliche Leistungen verzichten (z.B. Einführung einer Kostenbeteiligung bei Pflegeleistungen der Spitex, Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule, Aufhebung der Ausbildungsplätze für Bekleidungsgestalter/-innen an der Schlossbergschule und Schliessung Standort BVS Spiez. etc.). Weitere Sparmassnahmen würden nach Auffassung des Regierungsrates die Berner Bevölkerung und Wirtschaft teilweise erheblich treffen.

In Bezug auf den Erarbeitungsprozess hat der Regierungsrat das, was aufgrund der zeitlichen Rahmenbedingungen möglich war, vorgekehrt. Eine lückenlose, systematische Überprüfung sämtlicher kantonalen Aufgaben in einem aufwändigen, politisch breit abgestützten Prozess hätte den Zeitrahmen für die Erarbeitung eines Entlastungspakets deutlich gesprengt.

Aufgrund der finanzpolitischen Perspektiven werden die Diskussion und der Dialog zwischen dem Regierungsrat und dem Parlament über die Art und den Umfang der staatlichen Aufgabenerfüllung auch in Zukunft fortgesetzt. In diesem Zusammenhang weist der Regierungsrat zudem darauf hin, dass er es als seine Daueraufgabe erachtet, die staatlichen Leistungen auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit hin zu überprüfen.

An den Grossen Rat